

Tabelle 5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1970 = 100

Hauptgruppe	Baden-Württemberg				Bundesgebiet			
	Index Dez. 1978	Veränderung in %			Index Dez. 1978	Veränderung in %		
		Dez. 1977 gegen Dez. 1976	Dez. 1978 gegen Dez. 1977	April 1979 gegen April 1978		Dez. 1977 gegen Dez. 1976	Dez. 1978 gegen Dez. 1977	April 1979 gegen April 1978
Lebenshaltung insgesamt	149,9	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,6	151,1	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,5
Nahrungs- und Genußmittel	143,3	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,7	144,0	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,8
Kleidung, Schuhe	152,0	+ 4,3	+ 3,4	+ 3,2	156,4	+ 4,9	+ 4,0	+ 3,9
Wohnungsmiete	143,9	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,5	150,6	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	200,0	+ 2,0	+ 5,7	+ 17,7	190,8	+ 1,3	+ 6,1	+ 18,2
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	143,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,9	146,9	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke								
Nachrichtenübermittlung	160,4	+ 3,1	+ 3,6	+ 4,5	159,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 4,1
Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege	164,3	+ 4,6	+ 4,1	+ 4,4	163,2	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,2
Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke	145,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 4,7	143,7	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,1
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen	145,4	+ 4,2	+ 3,6	+ 4,9	145,8	+ 4,4	+ 3,1	+ 4,7

gewiesenen Hauptgruppen haben sich die Teilindizes für Elektrizität, Gas und Brennstoffe (+ 5,7%) sowie für Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (+ 4,1%) von Dezember 1977 auf Dezember 1978 besonders stark verteuert. Hervorzuheben ist hier insbesondere der kräftige Preisanstieg für Heizöl (+ 10%). Im Gegensatz dazu liegt die Veränderungsrate bei Nahrungs- und Genußmitteln (+ 0,4%) sehr niedrig. Von den hier berücksichtigten Gütern sind in Jahresfrist die Preise für Kartoffeln (+ 13,5%) und für Frischgemüse (+ 6,5%) zwar kräftig gestiegen, diese relativ starke Verteuerung wurde jedoch durch Preisrückgänge bei Frischobst (- 18,4%), Bohnenkaffee (- 13,0%) und Eiern (- 6,2%) sowie durch teilweise nur geringfügige Verteuerungen der übrigen Güter weitgehend kompensiert. Die Jahresveränderungsraten der übrigen Hauptgruppenindizes bewegten sich zwischen + 2,3 und + 3,7%.

Vergleicht man die Jahresveränderungsraten der Landes- und Bundesindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Dezember 1978, ist für Baden-Württemberg (+ 2,5%) eine geringfügig höhere Preissteigerung als auf Bundesebene (+ 2,4%) festzustellen. Allerdings hat der Landesindex auf Basis 1970 = 100 mit 149,9 den Wert für das Bundesgebiet (151,1) immer noch nicht ganz erreicht. Im internationalen Vergleich

der Verbraucherpreise liegt die Bundesrepublik nach wie vor auf einem hervorragenden Platz am Ende der Teuerungstabelle. Lediglich die Schweiz kann mit größeren Stabilitätsfolgen aufwarten.

Ausblick

Das im Jahre 1978 insgesamt freundliche Preisklima hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1979 wieder etwas ungünstiger entwickelt. Auf der Endverbraucherstufe ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg – der schon nach Erreichen seiner seit langem niedersten Jahresveränderungsrate im September 1978 (+ 2,1%) kontinuierlich gestiegen ist – auch in den Monaten Januar bis April 1979 weiter angestiegen. Die gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten wieder stärker anziehenden Preise (April 1979 + 3,6%) lassen vermuten, daß die Verbraucher im Verlaufe des Jahres 1979 mit weiteren Preissteigerungen rechnen müssen, zumal zur Jahresmitte noch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ansteht und die von der ständigen D-Mark-Aufwertung im Jahre 1978 ausgehende Dämpfung der Preisentwicklung entfallen dürfte.

Dipl.-Volkswirte Karl Sauter und Engelbert Drißner

Altersaufbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Durch das Fehlen von Daten über die Altersschichtung des öffentlichen Dienstes nach dem Dienstverhältnis, Geschlecht und den einzelnen Aufgabenbereichen war bisher eine Informationslücke vorhanden, obwohl diese Angaben für eine Beobachtung des Personalbestandes, für Fragen der Wachstums-, Struktur- und Lohnpolitik sowie für den künftigen Personalbedarf unerlässlich sind. So kann es als eine Bereicherung des Informationsangebots angesehen werden, daß der Gesetzgeber¹ die Erfassung des Personals des öffentlichen Dienstes durch eine Altersgliederung ergänzt hat. Zum Stichtag 30.6.1977 hat diese Erhebung erstmals stattgefunden und soll sich im sechsjährigen Turnus wiederholen.

¹ Gesetz über die Finanzstatistik 1973 (BGBl. I S. 773)

Jeder dritte Beschäftigte unter 30 Jahre

Am 30. 6. 1977 waren bei Land und Kommunen 345 721 Bedienstete vollbeschäftigt. Hinzu kommen noch 12 246 Beschäftigte des mittelbaren öffentlichen Dienstes bei Sozialversicherungsträgern. Von den Erfaßten war ein Sechstel jünger als 25 Jahre und nur 3,4% über 60 Jahre alt. Gut jeder vierte gehörte in die Altersklasse der 30- bis 40jährigen und jeder 5. hatte ein Alter zwischen 40 und 50 Jahre erreicht. Ganz allgemein gesehen befand sich die Hälfte aller öffentlichen Bediensteten in der Mitte des beruflichen Lebensabschnitts. Ältere Altersgruppen waren um so geringer besetzt, je weiter sie sich von dieser Mitte entfernten. Etwas mehr als ein Drittel (38,2%) aller Vollbeschäftigten gehört dem weib-

Tabelle 1

Altersaufbau des Personals der öffentlichen Verwaltung

Altersgruppe	Beamte, Angestellte, Arbeiter				Nachrichtlich Bundes- bedienstete	Abhängige Erwerbstätige	
	am 2. 10. 1968		am 30. 6. 1977			1968 ¹⁾	1977 ¹⁾
	Anzahl	%	Anzahl	%			
unter 25 Jahre	42 582	15,7	57 008	16,5	15,9	19,8	21,4
25 – 30 Jahre	37 625	13,9	53 478	15,5	10,3	14,9	12,4
30 – 40 Jahre	58 093	21,5	90 217	26,1	24,5	25,2	25,6
40 – 50 Jahre	62 068	23,0	72 450	20,9	25,5	19,3	22,5
50 – 60 Jahre	50 603	18,7	60 814	17,6	20,1	13,5	14,7
60 und mehr Jahre	19 399	7,2	11 754	3,4	3,7	7,3	3,4
Insgesamt	270 370	100	345 721	100	100	100	100

¹⁾ Stand April

lichen Geschlecht an. Ihre völlig anders geartete Altersstruktur und die dafür vorhandenen Gründe sind bereits untersucht worden². Als Vergleichswert über die altersmäßige Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes aus früheren Jahren steht lediglich die Gliederung aus der einmaligen Personalstrukturerhebung vom 2. Oktober 1968 zur Verfügung. Daran gemessen ist im zurückliegenden Dezennium eine Verjüngung des Personalkörpers zu beobachten. Damals war nur gut die Hälfte aller Beschäftigten 40 Jahre und jünger, heute sind es bereits 58,1%; über 60 Jahre alt waren 7,2% gegenüber 3,4% im Jahre 1977. Das Typische der Altersschichtung der öffentlichen Bediensteten Baden-Württembergs wird besonders klar erkennbar, wenn man ihre Altersstruktur mit der aller abhängig Erwerbstätigen unseres Landes vergleicht. Nach den repräsentativ ermittelten Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1977 war bei den jüngeren Jahrgängen bis zum 25. Lebensjahr der öffentliche Bereich vergleichsweise schwächer, die älteren Jahrgänge dementsprechend stärker vertreten, mit Ausnahme der über 60jährigen, die in beiden Gruppen dieselben Prozentanteile aufweisen. Für dieses Erscheinungsbild lassen sich verschiedene Gründe aufzählen. Vor allem sind es die Einstellungs- und Laufbahnvorschriften, die eine zum Teil mehrere Jahre umfassende Vor- und Ausbildung (Mittlere Reife, Abitur oder akademisches Studium) für einen Eintritt in den öffentlichen Dienst und daraus folgernd einen späteren Berufsbeginn voraussetzen, zum anderen wechseln teilweise jüngere Beschäftigte nach ihrer Ausbildung im öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft und umgekehrt werden ältere Personen nach vorausgegangener Tätigkeit in Industrie und Wirtschaft in den Landes- und Kommunaldienst

² Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1979.

übernommen. Wissenswert wäre auch die altersspezifische Zusammensetzung der Bundesbediensteten Baden-Württembergs. Da aber bei der Regionalisierung der Beschäftigten beim Bund auf Länderebene keine Altersgliederung durchgeführt wurde, kann als Vergleichswert nur der Altersaufbau für alle Bundesbediensteten herangezogen werden. Dabei zeigt sich, daß die jüngeren Altersgruppen etwas schwächer, die älteren dagegen stärker besetzt sind als bei den Landes- und Kommunalbediensteten. Ein davon abweichendes Ergebnis würde sich abzeichnen, wenn man die Beschäftigten bei Bundesbahn und Bundespost mit einbezieht, da gerade bei der Post besonders viele junge Arbeitskräfte unter 25 Jahren beschäftigt werden (rund 25%).

Als weitere zusätzliche Information wurde die Altersstruktur der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit den Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes verglichen. Für die aus dem *Schaubild* ersichtlichen Schwerpunkte ist zu konstatieren, daß junge Frauen und Mädchen unter 30 Jahre und Männer über 40 Jahre offenkundig Land und Gemeinden als Arbeitgeber bevorzugen.

Diese sehr allgemeinen Betrachtungen werden im folgenden durch ihre inneren Zusammenhänge bezüglich Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Aufgabenbereichen ergänzt.

Abweichende Altersgliederung der Arbeiter

Unter den in Baden-Württemberg im staatlichen und kommunalen Dienst Vollbeschäftigten sind 148 498 Beamte, von denen der weitaus überwiegende Teil (130 919) Landesbeamte sind. Ihr Altersaufbau beginnt in den jungen Altersklassen (unter 25 Jahre)

Tabelle 2

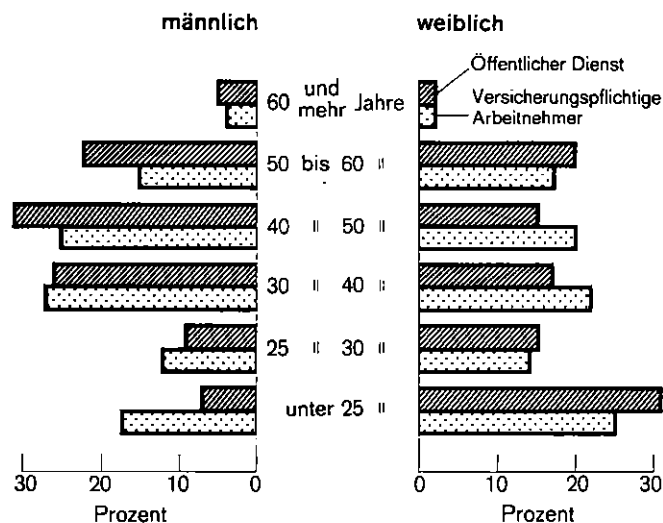
Vollbeschäftigte nach Altersgruppe und Dienstverhältnis am 30. 6. 1977

Altersgruppe	Beamte und Richter			Angestellte			Arbeiter		
	Anzahl	%	darunter in Aus- bildung Anzahl	Anzahl	%	darunter in Aus- bildung Anzahl	Anzahl	%	darunter in Aus- bildung Anzahl
Land									
unter 25 Jahre	17 563	13,4	7 361	10 305	18,0	2 237	1 204	7,5	223
25 – 30 Jahre	27 889	21,3	5 683	8 803	15,4	408	1 136	7,1	2
30 – 40 Jahre	43 003	32,8	–	13 828	24,1	–	3 426	21,3	–
40 – 50 Jahre	22 381	17,1	–	10 126	17,7	–	5 859	36,4	–
50 – 60 Jahre	16 388	12,6	–	12 017	21,0	–	3 818	23,8	–
60 und mehr Jahre	3 695	2,8	–	2 160	3,8	–	630	3,9	–
Zusammen	130 919	100	13 044	57 239	100	2 645	16 073	100	225
Gemeinden/Gv.									
unter 25 Jahre	2 978	16,9	1 283	21 528	27,3	6 077	3 435	7,6	351
25 – 30 Jahre	2 235	12,7	63	10 459	13,3	698	2 966	6,6	4
30 – 40 Jahre	4 377	24,9	–	15 484	19,6	–	10 099	22,4	–
40 – 50 Jahre	3 400	19,4	–	14 553	18,5	–	16 131	35,8	–
50 – 60 Jahre	3 688	21,0	–	14 540	18,4	–	10 363	23,0	–
60 und mehr Jahre	901	5,1	–	2 293	2,9	–	2 072	4,6	–
Zusammen	17 579	100	1 346	78 855	100	6 775	45 056	100	355
Insgesamt	148 498		14 390	136 094		9 420	61 129		580

trotz eines rund 40%igen Anteils der Auszubildenden mit einer unter dem Durchschnitt aller Beschäftigten liegenden Besetzungstärke; mit 25 bis 30 Jahren wird die durchschnittliche Besetzung erstmals übertroffen, im Alter von 30 bis 40 Jahren ihr größter Wert erreicht und fällt dann gleichmäßig wieder ab. Dies hängt eindeutig damit zusammen, daß für die Beamtenlaufbahn eine längere schulische Ausbildung erforderlich wird, die Übernahme ins Beamtenverhältnis vielfach nicht sofort nach Einstellung in den öffentlichen Dienst erfolgt, der Beamtenstatus aber bis zur Pensionierung behauptet wird. Ähnliche Tendenzen gelten bei einer Auffächerung nach den einzelnen Laufbahngruppen, wo jeder dritte Beamte des höheren Dienstes und des gehobenen Dienstes zwischen 30 und 40 Jahre alt ist, dagegen jeder dritte Beamte des mittleren Dienstes zur jüngsten Altersgruppe gehört. Dies resultiert vor allem aus der für den Polizeidienst abweichenden Regelung, daß Polizeibeamte bereits während der Ausbildung ins Beamtenverhältnis in diese Laufbahngruppe übernommen werden. Auffallend ist, daß die Landesbeamten des einfachen Dienstes ganz überwiegend zur älteren Generation gehören, während junge Beamte in diese Laufbahngruppe kaum noch eingruppiert werden. Nicht unerwähnt darf aus dem Kommunalbereich der hohe Anteil der 50- bis 60jährigen Beamten des höheren Dienstes bleiben, hier dürfte es sich vor allem um Wahlbeamte (Landräte und Bürgermeister) handeln.

Die altersmäßige Zusammensetzung der im Angestelltenverhältnis arbeitenden 136 094 Vollbeschäftigten ist anders geartet. Von 100 Angestellten des Landes war ein Drittel (bei den Kommunen sogar ⅔) unter 30 Jahre alt; hier wird sehr deutlich, daß im Gegensatz zur Beamtenlaufbahn – vor allem in den mittleren und unteren Vergütungsgruppen – keine langjährige schulische Vorbildung erforderlich ist und daß in diesem Beschäftigungsverhältnis vorzugsweise junge Frauen und Mädchen tätig sind (58% aller Frauen sind Angestellte, davon ein Drittel unter 25 Jahre alt). Vor allem im kommunalen Bereich ist die Altersgruppe der unter 25jährigen um zwei Drittel stärker besetzt als dies dem Durchschnitt aller Beschäftigten entsprechen würde. Bei einer Zusammenfassung der Vergütungsgruppen analog der Laufbahngruppen wird offenkundig, daß in den hohen Gehaltsstufen jeder zweite Angestellte zwischen 30 und 40 Jahre alt ist und daß auch hier – wie bei den Beamten – der gehobene Dienst nahezu die 30%-Grenze erreicht, während im einfachen Dienst nur ganz junge

Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst und versicherungspflichtig Beschäftigte am 30. 6. 1977



Leute tätig sind, die entweder mit fortschreitendem Alter eine besser bezahlte Tätigkeit ausüben oder ihre Berufsarbeit (durch Verheiratung oder Mutterschaft) ganz aufgeben.

Auffallend ist, daß die altersmäßige Zusammensetzung der 61 129 Arbeiter überhaupt keine Ähnlichkeit mit der der beiden anderen Dienstverhältnisse aufweist. Bei der Arbeiterschaft dominiert in beiden Ebenen die Altersgruppe der über 40jährigen mit nahezu ⅔ aller Beschäftigten. In diesem Dienstverhältnis werden vermutlich die jüngeren Kräfte besser bezahlte Arbeitsplätze in der Wirtschaft bevorzugen und erst später in den öffentlichen Dienst überwechseln.

Tabelle 3
Landesbedienstete nach Funktionsbereichen und Altersgruppen

Funktionsbereich	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			unter 25	25 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 und älter
	Anzahl	%						
Allgemeine Dienste	63 206	31,0	25,8	14,6	22,1	16,7	17,4	3,4
Steuer- und Finanzverwaltung	17 212	8,4	33,1	15,1	16,5	13,0	17,7	4,6
Polizei	20 857	10,2	29,9	14,1	23,6	15,8	15,6	1,0
Rechtsschutz	14 450	7,1	20,1	19,4	24,8	17,5	14,8	3,4
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,								
kulturelle Angelegenheiten	110 191	53,9	8,0	23,0	36,0	17,7	12,6	2,7
Grund-, Haupt- und Sonderschulen	36 239	17,7	5,5	29,3	34,8	14,0	13,6	2,8
Realschulen	9 204	4,5	6,2	34,4	39,2	12,9	6,1	1,2
Gymnasien	13 280	6,5	0,3	17,8	49,1	19,8	10,6	2,4
Berufliche Schulen	10 648	5,2	1,2	13,8	45,0	24,0	13,0	3,0
Wissenschaftliche Hochschulen	17 552	8,6	9,7	15,5	36,8	21,0	13,9	3,1
Hochschulkliniken	11 064	5,4	23,1	19,2	26,7	16,1	13,2	1,7
Pädagogische Hochschulen	2 790	1,4	28,0	19,7	25,1	15,9	9,4	1,9
Fachhochschulen	1 978	1,0	4,1	7,1	28,0	37,5	19,2	4,1
Forschung außerhalb der Hochschulen	1 112	0,5	17,7	10,3	22,3	24,6	19,8	5,3
Kunst- und Kulturpflege	1 644	0,8	6,8	10,7	27,8	31,7	18,4	4,6
Soziale Sicherung	2 374	1,2	12,8	9,3	18,4	19,7	31,4	8,4
Gesundheit, Sport und Erholung	6 320	3,1	18,8	10,6	21,1	23,1	22,4	4,0
Psychiatrische Krankenhäuser	4 558	2,2	21,9	11,1	21,7	23,8	18,6	2,9
Wohnungswesen und Raumordnung	3 902	1,9	25,7	19,8	18,9	16,1	16,7	2,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4 070	2,0	8,7	13,4	25,3	21,9	25,3	5,4
Energie- und Wasserwirtschaft,								
Gewerbe, Dienstleistungen	1 878	0,9	10,1	9,0	24,8	29,4	21,0	5,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 387	3,1	6,6	6,7	22,3	36,1	24,2	4,1
Verwaltung zusammen	198 328	97,1	14,4	18,9	29,8	18,3	15,5	3,1
Wirtschaftsunternehmen	5 903	2,9	8,1	6,4	19,1	34,6	27,0	4,8
Insgesamt	204 231	100	14,2	18,5	29,5	18,8	15,8	3,2
Darunter weibliche Bedienstete	70 351	34,5	22,2	25,7	22,6	12,5	15,1	1,9

Tabelle 4
Gemeindliche Vollbeschäftigte nach Aufgabenbereichen und Altersgruppen

Aufgabenbereich	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			unter 25	25 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und älter
	Anzahl	%						
Allgemeine Verwaltung	23 576	16,7	24,6	11,7	19,4	17,2	22,6	4,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6 838	4,8	18,9	13,0	22,3	20,6	21,0	4,2
Schulen	4 829	3,4	7,5	5,4	20,3	36,0	25,7	5,1
Grund- und Hauptschulen	1 996	1,4	1,3	1,5	20,0	44,0	27,7	5,5
Realschulen	339	0,2	3,5	2,4	22,7	44,3	23,9	3,2
Gymnasien	673	0,5	5,2	4,9	20,7	36,1	25,8	7,3
Berufsbildende Schulen	668	0,5	16,5	9,0	16,9	25,0	27,7	4,9
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	3 429	2,4	9,0	11,5	25,5	26,5	22,6	4,9
Soziale Sicherung	14 429	10,2	29,3	15,5	17,7	15,5	18,9	3,1
Einrichtungen der Jugendhilfe	6 144	4,3	44,1	18,9	16,4	10,8	8,8	1,0
Gesundheit, Sport, Erholung	45 997	32,5	27,9	14,3	21,3	18,9	15,3	2,3
Krankenhäuser	38 709	27,4	31,1	15,7	21,2	16,1	14,0	1,9
Park- und Gartenanlagen	3 502	2,5	10,7	5,6	20,7	36,5	21,4	5,1
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	16 568	11,7	9,0	7,0	22,5	34,0	22,9	4,6
Bauverwaltung	5 383	3,8	11,8	7,6	23,2	30,3	22,4	4,7
Städteplanung, Vermessung	4 531	3,2	14,4	10,8	24,6	26,8	20,1	3,3
Straßen, Parkeinrichtungen	4 880	3,5	2,8	3,3	20,2	43,5	25,0	5,2
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	13 417	9,5	3,9	4,8	23,3	39,5	23,5	5,0
Abwasserbeseitigung	2 045	1,5	2,9	5,1	25,8	40,5	22,3	3,4
Abfallbeseitigung	1 879	1,3	4,5	6,8	27,0	39,2	20,1	2,4
Zusammen	129 083	91,2	20,8	11,5	21,1	23,2	19,8	3,6
Wirtschaftsunternehmen	12 407	8,8	9,0	6,1	22,3	33,1	25,0	4,5
Insgesamt	141 490	100	19,7	11,1	21,2	24,1	20,2	3,7
Darunter weibliche Bedienstete	61 824	43,7	35,8	14,8	16,2	14,8	16,6	1,8

Junge Kräfte im Polizei- und Finanzdienst

Betrachtet man die Altersstruktur innerhalb der einzelnen Verwaltungszweige, dann lassen sich teilweise recht deutliche Unterschiede konstatieren. Besonders auffallend ist der hohe Anteil junger Kräfte bis 25 Jahre in der Finanz- und Steuerverwaltung (33,1%), der Polizei (29,9%) und bei den Pädagogischen Hochschulen (28,0%), in Bereichen also, in denen der Altersaufbau sehr stark durch die eigene Nachwuchsausbildung beeinflusst wird. Die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren zeigt die dichteste Besetzung bei den Gymnasien und beruflichen Schulen mit nahezu der Hälfte aller Kräfte und bei den wissenschaftlichen Hochschulen (36,8%), während in den technisch ausgerichteten Berufssparten etwa jeder 3. Bedienstete zwischen 40 und 50 Jahre alt ist (Fachhochschulen 37,5%, Verkehrs- und Nachrichtenwesen 36,1%, Wirtschaftsunternehmen 34,6% und Hochbauverwaltung 31,5%). In der Altersklasse der 50- bis 60jährigen findet man vor allem Beschäftigte im Sozialbereich (31,4%) und bei der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (25,3%). Im Kommunaldienst sind bei den jungen Jahrgängen unter 25 Jahren die Kindergärtnerinnen zu erwähnen (44,1%), während die Schulsekretärinnen und Hausmeister an Grund-, Haupt- und Realschulen mit Anteilen von 44,0 bzw. 44,3% in der Altersgruppe der 40- bis 50jährigen anzutreffen sind. In der selben Altersgruppe ist auch nahezu jeder zweite Beschäftigte im Aufgabenbereich Straßen und Parkeinrichtungen zu finden. Ein verhältnismäßig ausgewogener Anteil (zwischen 20 und 25%) ist bei den 30- bis 40jährigen in allen Aufgabenbereichen vorhanden.

Die 25- bis 30jährigen sind bevorzugt in den Bereichen Öffentliche Sicherheit und Ordnung, in der Allgemeinen Verwaltung, in

den Kommunalen Krankenhäusern, sowie in der Stadtplanung und im Vermessungswesen tätig.

Werden durch flexible Altersgrenze neue Arbeitsplätze frei?

Nach dem derzeitigen Altersaufbau betragen die Anteile der über 55jährigen nur gut 10% aller Beschäftigten. Da die durch die Kriegseinwirkungen stark dezimierten Jahrgänge ins Rentenalter eintreten oder bereits eingetreten sind, gibt es kaum Einbrüche in der Alterspyramide der zwischen 20- und 55jährigen, dagegen ist ein Einfluß der besonders starken Geburtsjahrgänge 1934 bis 1941 auf die Gruppe der 35- bis 45jährigen zu erkennen. Nachdem die Ausweitung des öffentlichen Dienstes im Zehnjahresdurchschnitt bei jährlich 2,5% liegt, ist nach dem jetzigen Kenntnisstand kein erwähnenswerter Personalbedarf aus den natürlichen Abgängen zu erwarten, es sei denn, der Plan, durch Vorverlegen der flexiblen Altersgrenze neue Arbeitsplätze zu schaffen, würde in die Tat umgesetzt.

Da die Besetzungszahlen in den dafür in Frage kommenden Jahrgängen der 60- bis 62jährigen Männer ziemlich gleichmäßig auf jährlich rund 700 und bei den 57- bis 59jährigen Frauen auf jährlich rund 1 600 Angestellte verteilt ist, könnten bei einer Annahme, daß alle Angestellten die Chance nutzen würden, nur ein Jahr früher in Rente zu gehen, rechnerisch rund 2 000 Arbeitsplätze freigemacht werden. Die Frage, ob diese freien Arbeitsplätze alle wieder besetzt werden müßten oder ob in Anbetracht des hohen Personalkostenanteils an den öffentlichen Haushalten durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen und technische Umstellungen ein Teil dieser freiwerdenden Stellen eingespart werden könnte, bleibt offen.

Ruth Kretschmer